

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 78 (2007)
Heft: 7-8

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Schweiz

Ausbildung «Pflegeassistent» bis 2011 möglich

Die Ausbildungen im Gesundheitswesen sind seit 2004 dem Berufsbildungsgesetz unterstellt. Wie die Dachorganisation OdASanté mitteilt, kann die einjährige schulische Ausbildung «Pflegeassistent» trotzdem bis 2011 durchgeführt werden. Zurzeit bilden 21 Schulen in der Schweiz Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten aus. Die OdASanté und die nationale Dachorganisation der Arbeitswelt (OdA) Soziales klären im Moment ab, welcher Bedarf für eine zweijährige Grundbildung mit Berufsattest Gesundheit und Soziales besteht. Ein Entscheid dazu soll 2008 gefällt werden.

bbaktuell

Bern

Neuer Geschäftsführer

Der Vorstand des bernischen Dachverbandes sozialer Institutionen für Menschen in besonderen Lebenslagen (HVBE) wählte den diplomierten Sozialpädagogen Ueli Affolter aus Kehrsatz zum künftigen Geschäftsführer. Affolter gilt laut Medienmitteilung als erfahrene Führungskraft im Non-Profit-Management und als erfolgreicher politischer Networker. Er wird im Frühjahr 2008 den in Pension gehenden Johannes Schwarz ersetzen.

Medienmitteilung HVBE

Luzern

Heime stellen sich dem Markt

Die Luzerner Stimmbürger haben deutlich Ja gesagt zur neuen Finanzierung von Heimen und Sonderschulen. 77 Prozent stimmten für das Gesetz über soziale Einrichtungen. Künftig werden Kanton und Gemeinden die Finanzierung dieser Institutionen übernehmen. Der Bund zieht sich ab 2008 aus der Heimfinanzierung zurück. Das ist die Folge der NFA, die die Aufgaben von Bund und Kantonen entflektet. Auch der Sonderkredit von 45 Millionen Franken, der den Übergang von der heutigen zur neuen Finanzierung gewährleisten soll, wurde klar angenommen: 73 Prozent sprachen sich für den Kredit aus. Vom neuen Gesetz betroffen sind Behindertenheime und Sonderschulen – insgesamt rund 2500 Plätze im Kanton. Die neue Heimfinanzierung unterteilt sich in zwei Vorlagen. Der erste Teil

beinhaltet das eigentliche Gesetz. Es regelt die Finanzierung der Heime und Sonderschulen. Künftig werden die Heime und Sonderschulen mehr unternehmerische Freiheiten haben: Sie dürfen ihre Gewinne behalten. Zurzeit müssen sie diese dem Kanton abliefern. Im Gegenzug übernehmen Kantone und Gemeinden die Defizite der Heime und Sonderschulen. Neu werden ihre Leistungen mit Leistungspauschalen abgegolten. «Die Qualität im Heimwesen wird mit der neuen Finanzierung steigen», sagte Gesundheitsdirektor Markus Dürr. «Es wird aber auch mehr Druck auf die Institutionen geben, weil sie sich dem Markt stellen müssen.»

Neue Luzerner Zeitung

Solothurn

Pflege à la carte

Punkto marktgerechter Angebotsplanung im Seniorenbereich sind sich die Fachleute in der Zukunftsbeurteilung einig: Für urteilsfähige Seniorinnen und Senioren ist ein so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden auch bei leichter bis mittelschwerer Pflegebedürftigkeit ein Bedürfnis. Das heisst, dass Seniorenwohnungen mit der Möglichkeit zum Bezug bedarfsgerechter Pflege- und Dienstleistungen dem Wunsch nach Selbstbestimmung eher gerecht werden als «klassische Altersheime». Wenn eine 24-Stunden-Sicherheit selbstverständlich und die Pflegeleistung nahtlos bis hin zur intensiven Pflege und Unterstützung möglich sein soll, dann sind Seniorenwohnungen mit Dienstleistungen in unmittelbarer Nähe einer Pflegeinstitution sinnvoll. Und genau darauf zielt das Gesamtprojekt «Oensingen Zentrum Mitte» ab. Dem geplanten Pflegeheim werden hier die 21 bestehenden sowie 25 bis 30 neue Alterswohnungen angegliedert. Das Vorhaben wird ergänzt mit Beratungsangeboten aller Art sowie Praxen, Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben. Ein Gleichtes geschieht auch in Egerkingen, wo man sich vom «klassischen Alters- und Pflegeheim» verabschiedet und mit dem Projekt «Sunnepark» mit 60 neuen Seniorenwohnungen sowie einem neuen Pflegeheim ein exakt gleiches Konzept realisiert. Für die Umsetzung der beiden neuen Pflegeheimprojekte haben sich die Gäuer Gemeinden zur Genossenschaft für Altersbetreuung und Pflege Gäu (GAG) zusammenge-

schlossen. Die zusätzlichen Seniorenwohnungen werden dagegen in beiden Gemeinden von privaten Investoren realisiert. Die neu entstandene Spitex Gäu, mit Stützpunkten ebenfalls in Egerkingen und Oensingen, wird ein wichtiger Teil des neuen Konzeptes mit betreutem Wohnen und Pflege à la carte.

Berner Zeitung

St. Gallen

Neuer Name und neue Ausrichtung

An seiner jährlichen Generalversammlung hat der Verband der Betagten- und Pflegeheime des Kantons St. Gallen den neuen Statuten und somit auch dem neuen Namen «Curaviva St. Gallen» zugestimmt. Mit dieser Vereinheitlichung wird eine stärkere Anlehnung an den Schweizerischen Dachverband und die Verbände der Nachbarkantone beweckt. Der öffentlicher Auftritt, die Verhandlungskraft sowie die Anerkennung und die Wertschätzung der Dienstleistungen der Heime sollen in Zukunft sowohl in der breiten Öffentlichkeit wie auch politisch einen grösseren Stellenwert

Ihr Möbelspezialist im Heim- und Personalzimmer



ZEHNDER

Möbelfabrik Zehnder AG
Zürichstrasse 63
CH-8840 Einsiedeln

Tel 055 418 31 11
Fax 055 418 33 52
info@zehndermoebel.ch

einnehmen und einem Vergleich mit den Spitäler nicht mehr nachstehen. Ausserdem wurde ein Strategiepapier verabschiedet, wie die Prioritäten im Verband gesetzt und welche Aufgaben wahrgenommen werden sollen.

Medienmitteilung Curaviva St. Gallen

Zürich

Einsicht in Daten von Pflegepatienten

Die Pflegeheime der Stadt Zürich müssen der Krankenkasse Helsana Einsicht in die Daten ihrer Patienten gewähren. Dies hat das Bundesgericht entschieden und eine Klage der Stadt Zürich abgelehnt. Aus Datenschutzgründen hatten sich vier Stadtzürcher Pflegeheime 2001 geweigert, der Krankenkasse Einsicht in Unterlagen von Pflegeheimpatienten zu gewähren. Die Kasse hatte die Unterlagen verlangt, um die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung der Pflegeinstitutionen überprüfen zu können. Nach der Weigerung der Heime, die Daten herauszugeben, stellte die Krankenkasse ihre Zahlungen ein, worauf die Stadt Zürich eine Klage einreichte, die im letzten Jahr vom Schiedsgericht für Sozialversicherungsstreitigkeiten abgewiesen wurde. Darauf reagierte die Stadt mit einer Beschwerde ans Verwaltungsgericht. Die sozialrechtliche Abteilung des Bundesgerichts hat den Streit nun letztinstanzlich zugunsten der Helsana entschieden. Ein Krankenversicherer, hält das Bundesgericht laut Auskunft des Helsana-Sprechers fest, hat das Recht, sämtliche Daten einzusehen, die er benötigt, um die Wirtschaftlichkeit eines Leistungserbringers zu überprüfen. Der Datenschutz sei dabei kein Hindernis.

Neue Zürcher Zeitung

Zürich

Winterthurer Ombudsmann

kritisiert Heimtaxen

Die städtischen Heime in Winterthur betrieben «Raubrittertum und Räuberei». Das bekam der Ombudsmann Karl Stengel im letzten Jahr mehrmals von Hilfesuchenden zu hören. Auch in Leserbriefen machen Angehörige immer wieder ihrem Ärger Luft über weniger Betreuung bei steigenden Heimtaxen. Diese seien in der Tat «nicht transparent», findet Stengel: Kranke, Betagte und Angehörige seien oft überfordert. Auch er selber habe manchmal Mühe, sich zurechtzufinden. Verschiedene Rechtsgebiete seien in den letzten Jahren geändert, Details aber nie abgestimmt worden. Resultat: «Ein Flickwerk.» Die Abgrenzung und die Höhe von Pflege- und Betreuungstaxen werden «willkürlich» gehandhabt und sind «nicht nachvollziehbar», kritisiert Stengel. Sozialvorsteherin Maja Ingold (EVP) widerspricht: «Wir können genau abgrenzen, was Pflege nach Krankenversicherungsgesetz

und was Betreuung ist.» Die psychosoziale Betreuung etwa oder die Feiern, Gespräche, kleine Handreichungen, all das, was ein Heim erst zu einem Zuhause macht: Das sei in der Grundtaxe nicht inbegriffen – das sei auch in einem Hotel so. In Winterthurs fünf Heimen gelten derzeit zwei verschiedene Taxordnungen. Sie müssten vereinheitlicht und aus rechtlichen Gründen vom Stadtparlament abgesegnet werden, findet Stengel. Ingold dazu: «Dass wir zwei Taxordnungen haben, ist historisch begründet; wir sind aber daran, sie zu vereinheitlichen.» Und wenn künftig der Stadtrat oder das Parlament bei Taxerhöhungen den Kopf hinhalten müssten statt sie persönlich, wäre ihr das nur recht: «Darüber können wir reden.» Hat eine Pensionärin oder ein Pensionär eine Hilflosenentschädigung zugut, beanspruchen die Winterthurer Heime diese für sich. Das sei überholt und «unhaltbar», sagt Stengel. Ganz wohl ist das auch Ingold nicht. Doch bevor der Nationalrat nicht geregelt habe, wie die Kosten verteilt werden, wolle sie nichts ändern.

Tages-Anzeiger

und damit gibt es auch mehr Geld in der Kasse. Zudem erreichen wir damit auch die Vernetzung zu nicht-behinderten Menschen», meint Christoph Hotz. Ein noch fernes Ziel sei, die Wünsche eines Kunden zentral aufzunehmen und dann die entsprechende Arbeitsstätte zu finden, die das Auftragsvolumen verarbeiten und termingerecht ausliefern könne. So weit ist es aber noch nicht.

Tages-Anzeiger

Zürich

Neuer Verein

27 freiberuflich tätige Heilpädagogische Früherzieherinnen, die im Kanton Zürich arbeiten, haben sich zum Verein Interessengruppe der freiberuflich tätigen Heilpädagogischen Früherzieherinnen und Früherzieher Kanton Zürich (IGFF ZH) zusammengeschlossen. Sie betreuen zusammen über 300 Kinder im Alter von 0 bis 7 Jahren mit Entwicklungsauffälligkeiten oder Behinderungen. Dies entspricht etwa einem Drittel der im Kanton Zürich betreuten Kinder. Für ihre Leistungen werden die Früherzieherinnen bis Ende dieses Jahres von der IV vollumfänglich, gemäss einem individuellen Tarifvertrag, entschädigt. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) fällt die Vereinbarung von Leistungs- und Tarifverträgen der Heilpädagogischen Früherziehung, als Teil der Sonderschulung, neu in den Zuständigkeitsbereich der Bildungsdirektion des Kantons Zürich. Ziel des neu gegründeten Vereins ist die Garantierung des Leistungsangebotes für diese Kinder und deren Eltern. Der Verein strebt Leistungsvereinbarungen zwischen den freiberuflich tätigen Heilpädagogischen Früherzieherinnen und der Bildungsdirektion an.

Medienmitteilung IGFF ZH

Zürich

Behindertenwerke arbeiten zusammen

Um die Produkte und Dienstleistungen von den Behindertenwerkstätten besser zu vermarkten, haben sich 18 geschützte Behindertenwerkstätten zum Werkstätten-Netzwerk Grossraum Zürich (WNZ) zusammengeschlossen. Die Organisation verbindet und fördert die Zusammenarbeit zwischen den rund 70 Werkstätten und Dienstleistungsanbietern. «Der Behinderten-Bonus ist heute vorbei», sagt Christoph Hotz, Bereichsleiter Arbeit im Verein für Sozialpsychiatrie Zürcher Oberland (VSPZO). Vor Jahren sei der Markt noch toleranter gewesen, was die Qualität und das Einhalten von Terminen in diesem Wirtschaftszweig anbelange. Heute werde nicht mehr angerechnet, dass Waren und Dienstleistungen von Menschen mit Behinderungen produziert und angeboten werden. Der Druck sei deutlich spürbar. Der Kunde erwarte fachlich einwandfreie Produkte oder Dienstleistungen, eine termingerechte Lieferung und dies zu einem marktgerechten Preis. Die Homepage des WNZ besteht bereits seit vier Jahren, doch wurde sie weder bewirtschaftet noch genutzt. So richtig vernetzt ist das Projekt erst seit der Gründung einer Arbeitsgruppe im letzten Jahr, welche die Organisation und Zusammenarbeit der Werkstätten forciert hat. Projektleiter ist Christoph Dill, der im Mathilde-Escher-Heim in Zürich einen Dienstleistungsbetrieb für Websites führt. Was verspricht sich der VSPZO vom gemeinsamen Auftritt? «Mit der verbesserten Organisation erhalten die Werkstätten ein grösseres Auftragsvolumen,

Ihre Lösung für den professionellen Einkauf

Prüfen – entscheiden – profitieren

CURAVIVA
Einkaufspool

Fon 041 419 01 68

pool@curaviva.ch

www.einkaufspool.curaviva.ch